

Delegationsreise der SPD SH nach Dänemark Intensive Gespräche zur Fehmarnbeltquerung



Marion Sellier, Regina Poersch, Lars Winter, Birte Pauls, Hausherr Botschafter Johann Christoph Jessen, Stefan Bolln (obere Reihe von links) sowie Lothar Hay, Franz Thönnnes, Ralf Stegner, Leif Jacobsen und Anders Rubin vor der Residenz des deutschen Botschafters in Kopenhagen (untere Reihe von links)

Eine Delegation der SPD Schleswig-Holstein war am 3. und 4. Februar auf Anregung von Franz Thönnnes in Kopenhagen zu Gast, um sich dort mit verschiedenen Gesprächspartnern über den Bau der Fehmarnbeltquerung auszutauschen. Mit dabei waren der Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner sowie die Landtagsabgeordneten Lothar Hay, Birte Pauls, Regina Poersch, Bernd Schröder und Marion Sellier. Weitere Teilnehmer waren Stefan Bolln (Landesvorstand), Lars Winter (Kreisvorsitzender Ostholstein), Petra Bräutigam (Pressesprecherin Landtagsfraktion) und Franz Thönnnes, SPD-MdB und Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Bartels zur Plagiats-affäre Guttenberg
Seite 3
- Mehr Sozialarbeiter für Schulen in SH Seite 5
- Berichte vom Praxistag „Gesundheit und Pflege“
Seite 6 und 7
- Mehr Aufklärung in punkto Uni Lübeck
Seite 8

- Von Franz Thönnnes -

Zunächst traf die Delegation mit dänischen und schwedischen sozialdemokratischen Abgeordneten sowie dem Vize-Bürgermeister aus Malmö zusammen. Wir diskutierten ihre Erwartungen an eine feste Verbindung sowie die Erfahrungen mit den Querungen über den Großen Belt und der Øresundbrücke zwischen Dänemark und Schweden. Dabei wurde deutlich, dass die nordi-

schen Sozialdemokraten das Fehmarnbelt-Projekt positiv bewerten und uneingeschränkt unterstützen. Für sie ist dies keine Verbindung zwischen Lolland und Fehmarn, sondern ein Lückenschluss zwischen Skandinavien und Europa.

Der dänische Transportminister Hans Christian Schmidt unterstrich das große Interesse Dänemarks an der Querung, zeigte sich aber auch unseren kritischen Nachfragen gegenüber offen. Er bot an, zu einer Informationsveranstaltung nach Ostholstein zu kommen. Um auch kritische Stimmen zu hören, sprachen wir mit Arne Melchior, einem ehemaligen Verkehrsminister Dänemarks. Seine skeptische Einschätzung konzentrierte sich aber im wesentlichen auf die fast alleinige Finanzierung durch sein Land.

Am zweiten Tag fand nach einem Treffen mit Genossen aus dem Folketing zur Kooperation im Norden ein Gespräch mit Verkehrsausschussmitgliedern der Parteien im Folketing und der Führung der für Planung und Bau zuständigen Femern A/S, statt. Diese erläuterten den aktuellen Sachstand. Auch hier wurde die breite fraktionsübergreifende Unterstützung von sieben Parteien des Parlamentes für die Beltquerung nochmals deutlich. Lediglich die ganz kleine Gruppe der „Linken“ im Folketing ist dagegen.

Die Reise war sehr erfolgreich. Wir verabredeten eine engere Zusammenarbeit mit den dänischen Sozialdemokraten. Die Informationen und Eindrücke zum Bau der Fehmarnbelt-

- Fortsetzung auf Seite 2 -



- Fortsetzung von Seite 1 -

querung werden die Diskussion im SPD-Landesverband bereichern. Es ist deutlich geworden, dass sich sowohl in Dänemark und Schweden als auch in Hamburg durch den neuen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz die Sozialdemokraten für den Bau der Fehmarnbeltquerung aussprechen. Auch in Schwerin sind einstige Befürchtungen ausgeräumt, denn SPD-Ministerpräsident Erwin Sellering führte bereits 2010 aus: „Ich gehe davon aus, dass wir beide Verbindungen brauchen.“ (Fähre Rostock/Gedser und feste Beltquerung).

Die Reise hat gezeigt, dass die Entscheidung über die feste Fehmarnbeltquerung in Dänemark liegt und die Verbindung kommen wird. Jetzt ist für die SPD wichtig, die mit diesem Projekt verbundenen Chancen zu nutzen und sich dabei insbesondere für die Interessen der Region einzusetzen. Hier gilt es, von Landes- und Bundesregierung mit klaren Anforderungen ausgewogene Lösungen für die ökologischen, touristischen und verkehrspolitischen Herausforderungen für die Hinterlandanbindung zu fordern.

Gefreut habe ich mich, dass das mein Ausbildungsprojekt „FBQ – Fördern - Bilden - Qualifizieren“ im Rahmen der Fehmarnbeltquerung sowohl die Unterstützung des dänischen Verkehrsministers wie der Verkehrsausschussmitglieder des Folketing erhalten hat.

Mehr Informationen zum Projekt „FBQ“ unter www.thoennes.de/arbeitschwerpunkte/projekt-fbq.

WSV und Wasserstraßen in Gefahr

Das Bundesverkehrsministerium will aus Kostengründen an der Unterhaltung von Wasserstraßen sparen. CDU/CSU, FDP und die Grünen zwingen das Ministerium zudem, harte Einschnitte bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) vorzunehmen. Zwei Vorhaben, die der SPD zu großer Sorge Anlass geben.

Derzeit wird nur der Mangel verwaltet; es ist nicht genug Geld für alle Aufgaben da. Zu diesem Fazit kommt das Bundesverkehrsministerium bei der Bewertung der Situation bei der WSV. Der Lösungsansatz: Ramsauer unterteilt die Bundeswasserstraßen in Kategorien auf Grundlage der jährlich beförderten Tonnage und will nur noch die meistgenutzten Flüsse und Kanäle in Stand halten. Für Schleswig-Holstein hieße das: Die Vorhaben zur Ertüchtigung des Elbe-Lübeck-Kanals werden ersatzlos gestrichen. Zudem sollen die geplanten Arbeiten am Nord-Ostsee-Kanal erst nach Vollendung der Elbvertiefung in Angriff genommen

werden. SPD-Binnenschiffahrtsexperte Gustav Herzog, den die Landesgruppe zu einem Gespräch eingeladen hatte dazu: „Die Pläne des Ministeriums sind



Gustav Herzog ist Berichterstatter der SPD-Fraktion für die WSV Foto: © SPD-Parteivorstand/ Butzmann/ Jaenicke/ Knoell/ Kraehahn

volkswirtschaftlich unvernünftig. Den Ländern ginge wichtige Infrastruktur verloren.“

Parallel dazu soll die WSV von einer Ausführungsverwaltung zu einer Gewährleistungsverwaltung umgebaut werden, was CDU/CSU, FDP und die Grünen im Haushaltsausschuss durchgesetzt haben. Der entsprechende Vorschlag des Ministeriums soll Ende April vorliegen. Herzog: „Personalabbau und Privatisierung hätten verheerende Auswirkungen. Viele Leistungen würden bei Fremdvergabe nicht nur schlechter, sondern auch teurer.“

Die Landesgruppe ist in intensivem Austausch mit den Personalräten der WSV. Im Mai soll es ein Gespräch über die konkreten Pläne der Bundesregierung geben. Auch Gustav Herzog hat Hilfe angeboten. (nb)

FBQ: Kostenexplosion bei Tunnelbau?

Die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn begrüßt grundsätzlich die Entscheidung, die Fehmarnbeltquerung als Tunnel zu planen, kritisiert aber die finanzielle Kalkulation als unseriös.

Der von Femern A/S fest einkalkulierte EU-Zuschuss von bis zu 1,1 Mrd. Euro ist ihrer Ansicht nach reines Wunschdenken. Aber vor allem die Baukosten für den Tunnel stehen laut Hagedorn, die im Rechnungsprüfungsausschuss Berichterstatterin für das Verkehrs- und Bauministerium ist, auf tönernen Füßen. Zur Erinnerung: Noch beim Beschluss über den Staatsvertrag 2009 wurde der Tunnel von den Dänen mit Mehrkosten

von 1,5 Mrd. Euro gegenüber der Brücke kalkuliert.

Hagedorn: „Jeder müsste eigentlich stutzig werden, dass der Tunnelbau jetzt angeblich sogar 100 Mio. Euro billiger als die Brücke werden soll, zumal der Bundesrechnungshof bei Tunnelbauten allgemein von einer Verdoppelung der Kosten innerhalb von drei Jahren ausgeht.“

Femern A/S kalkuliert dabei mit polnischen Arbeitslöhnen und sieht eine Verkürzung des Tunnels um einen Kilometer vor, durch die auf den Bau einer Lüftungsinsel verzichtet werden kann. Das aber setzt voraus, dass Fehmarn, das Land und auch die EU zustimmen, auf beiden Seiten des Tunnels

500 m lange künstliche Halbinseln anzulegen. Eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Die „Billigvariante“ des Tunnelbaus kann schon bald wie eine Seifenblase zerplatzen – mit Milliarden an Mehrkosten.

Hagedorn: „Veränderte Voraussetzungen für das Projekt, z.B. explodierende Kosten, führen laut Staatsvertrag Art. 22 Abs. 2 („Ausstiegsklausel“) dazu, dass ‚die Vertragsstaaten die Lage aufs Neue erörtern‘. Mit einer Entscheidung des Folketing über das Baurecht ist erst nach 2015 zu rechnen. Bis dahin ist demnach ein kritischer Dialog nicht nur über das Wie, sondern auch über das Ob möglich.“

„Ziehen Sie die Konsequenz und ziehen Sie sie bitte selbst!“

In der aktuellen Stunde zur Plagiatsaffäre des Verteidigungsministers am 23.02.2011 trat Hans-Peter Bartels direkt nach Karl-Theodor zu Guttenberg ans Rednerpult des Deutschen Bundestages. Lesen Sie hier die Fakten, warum der Minister zurücktreten MUSSTE.

(Quelle: Plenarprotokoll 17/92, S. 10387-10388)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, es ist schon unglaublich, wie Sie sich hier hinstellen und sagen: Ich habe mich entschuldigt. Das muss reichen. Schwamm drüber! – Wenn das Schule macht, dann haben wir bald eine andere Republik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Wenn Sie so weitermachen, haben wir auch bald eine andere Republik!)

Manche sagen, es gibt Wichtigeres als die Fehler und Verfehlungen des Verteidigungsministers. Das ist wahr. Die Angehörigen von Soldaten, die in Afghanistan kämpfen und Leib und Leben riskieren, müssen über die Rangfolge der Nachrichten verbittert sein. Wenn die *Bild*-Zeitung am Samstag in Riesenbuchstaben die Sensation meldet, dass der Minister nicht zurücktritt, und daneben viel kleiner vom Tod deutscher Soldaten berichtet, dann ist das eine grobe Verzerrung der Maßstäbe.

Die Bundeswehr, meine Damen und Herren, ist wichtiger als dieser Minister. Unsere Bundeswehr braucht einen Minister, dessen Worte etwas bedeuten, der nicht heute so und morgen so redet, gerade wie das Publikum es hören will.

Was soll es bedeuten, lieber Herr zu Guttenberg, wenn Sie in einer Rede in der Führungsakademie der Bundeswehr sagen, dass Sie sich vom Prinzip „Klarheit und Wahrheit“ leiten lassen?

Was bedeutet „Klarheit und Wahrheit“ für Sie? Ich will gar nicht über das Täuschen und Tarnen in Ihrer Doktorarbeit im Einzelnen reden. Sie haben bei Einreichung des Werkes eine ehrenwörtliche Erklärung abgegeben, dass Sie die Dissertation selbstständig verfasst und keine anderen als die von Ihnen angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Das war ehrenwörtlich!)

Das war nicht wahr, oder?

Was bedeutet Ihr Ehrenwort, Herr Minister? Sie führen als Verteidigungsminister auch die Universitäten der Bundeswehr. In Ihrer Rede an der Führungsakademie haben Sie gesagt – Zitat –:

Führen durch Vorbild: Daran müssen wir uns täglich erinnern.

Ja, daran will ich Sie erinnern. Was ist das für ein jämmerliches Vorbild, wenn einer durch Täuschung einen Dokortitel erwerben will?

„Wahrheit und Klarheit“: Was bedeutet es, wenn Sie im Kabinett einerseits einer Einsparung von 8 Milliarden Euro im Haushalt der Bundeswehr zustimmen und gleichzeitig eine Bundeswehrreform planen, für die Sie zusätzliches Geld brauchen? Die Wahrheit ist, dass bei Ihrer Bundeswehrreform noch überhaupt nichts klar ist.

Was bedeutet es, wenn der Verteidigungsminister sagt: „Mit mir ist die Abschaffung der Wehrpflicht nicht zu machen“? Das bedeutet, wie wir gesehen haben, dass er sich ein paar Monate später dafür feiern lässt, dass er die Wehrpflicht abschafft. Übrigens: Was wir jetzt haben, ist W6, und das ist Murks im Quadrat.

Ihr Prinzip, Herr zu Guttenberg, ist, dass Prinzipien etwas für normale Leute sind. Sie selbst brauchen keine. Sie verkaufen es stattdessen als besondere politische Leistung, dass Sie sich immer wieder korrigieren müssen.

Schauen wir auf die kritischen Situationen Ihrer 16 Monate als Verteidigungsminister – Kunduz, Wehrpflicht, Bundeswehrreform, „Gorch Fock“, die Promotionslüge –, dann sehen wir: Keine Ihrer Erklärungen hatte Bestand. Ihr Wort gilt nichts.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Können Sie so Verteidigungsminister bleiben? Warum ist damals eigentlich Dr. Jung zurückgetreten?

Warum haben Sie damals den Generalinspekteur entlassen und in der Presse zum Sündenbock für Ihre eigenen Fehler gemacht? Viele hier im Saal haben aus guter Erfahrung viel mehr Vertrauen in den alten General

Schneiderhan als in Sie und Ihr Amtsverständnis, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die einfache Frage an Sie ist: Gilt für Sie ein besonderes Recht? Quod licet Iovi, non licet bovi? Gelten für Jupiter andere Maßstäbe als für Ihre Kollegen, das gemeine Rindvieh?

(Dr. Andreas Schockenhoff [CDU/CSU]: Das war ein Plagiat!)

Beantworten Sie diese Frage; es ist eine Frage der Ehre. Ziehen Sie die Konsequenz und ziehen Sie sie bitte selbst!

Schönen Dank.



SPD setzt Mindestlohn in der Leiharbeit durch - „Equal Pay“ muss folgen

Aus gutem Grund hat die SPD in den Verhandlungen zu den Hartz-IV-Regelsätzen und für das Bildungspaket auch den Bereich Leiharbeit in die Verhandlungen eingebracht. Leiharbeit und Hartz IV stehen leider in einem engen Zusammenhang.

Die Zahl der sogenannten Aufstocker in der Leiharbeit ist hoch. Aktuelle Zahlen des DGB sprechen von einem Anteil von 13,1 Prozent. Hier wird Lohndumping durch steuerfinanzierte Sozialleistungen wie Hartz IV subventioniert. 10,5 Prozent aller vollzeitbeschäftigten Leiharbeiter verdienen weniger als 1.000 Euro brutto. Zum Vergleich: Bei Normalbeschäftigten sind es 5,3 Prozent. Bei einem Bruttoarbeitsentgelt zwischen 1.001 Euro und 1.200 Euro verstärkt sich dieser Trend: 21,7 Prozent aller Leiharbeiter sind in dieser Gehaltsklasse, aber nur 3,2 Prozent der regulär Beschäftigten.

Hier zeigt sich: Wir brauchen einen Mindestlohn, auch vor dem Hintergrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Menschen aus osteuropäischen Staaten. Hier bestand besonderer Handlungsbedarf in der Leiharbeitsbranche. So hätten polnische Leiharbeitsfirmen ihre Mitarbeiter nach Deutschland verleihen dürfen, aber zu polnischen Löhnen.

Die absolute Lohnuntergrenze verhindert das – ein wichtiger Erfolg der SPD in den Verhandlungen zum Hartz-IV-Kompromiss. Sie liegt ab 1. Mai 2011 bei einem Stundenlohn von 7,79 Euro in den alten und 6,89 Euro in den neuen

Leiharbeit sorgt nach wie vor für viele negative Schlagzeilen. Und das, obwohl sie zu einer vergleichsweise kleinen Branche zählt. Die Zahl der Menschen in der Leiharbeit steigt aber weiter an. Der politische Handlungsbedarf bleibt sehr hoch. Sozialdemokratische Politik muss weiterhin zum Ziel haben, den Missbrauch in der Leiharbeit so weit wie möglich zurückzudrängen.



Gabriele Hiller-Ohm und Uwe Polkaehn haben das gemeinsame Forderungspapier zur Leiharbeit von DGB Nord und SPD-Landesgruppe SH federführend ausgearbeitet.

Bundesländern. Diese Vereinbarung kann aber nur eine Etappe hin zu einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde sein.

Leider haben wir uns nicht in allen Bereichen durchsetzen können. Das gilt besonders für den Verhandlungspunkt „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in der Leiharbeit. Hier hat besonders die FDP gemauert. CDU und CSU haben sich durch interne Uneinigkeit ausgezeichnet. Wir bedauern sehr, dass die Regierungsseite so gehandelt hat. Man hätte mehr für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erreichen müssen.

Viele Leiharbeiter sind weniger als drei Monate in ei-

nem Betrieb. Deswegen macht es keinen Sinn, gleiche Löhne für Stammbeschäftigte und Leiharbeiter erst ab neun Monaten zu bezahlen, wie es die FDP gefordert hat.

Missbrauch der Leiharbeit ist in vielen Firmen zu finden. Dem setzen Sozialdemokraten und Gewerkschaft nun gemeinsam etwas entgegen: Die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein haben zusammen mit dem DGB Nord am 10. Februar 2011 in Berlin ein gemeinsames Positionspapier vorgestellt.

Wir fordern darin weiterhin:

► „Equal Pay“, also gleichen Lohn für gleichwertige

Arbeit ab dem ersten Tag!

► Begrenzung der Verleihdauer auf maximal ein Jahr. Alles was darüber hinaus geht, bedeutet dauerhaften Personaleinsatz. Dafür muss mehr Stammpersonal eingestellt werden.

► Synchronisationsverbot, Menschen dürfen nicht nur für die Zeit der Verleihdauer in der Verleihfirma beschäftigt sein.

► Recht auf Weiterbildung und Qualifikation.

► Stärkung der Betriebsräte, um Missbrauch in der Leiharbeit schon vor Ort Einhalt gebieten zu können.

Fest steht: Nach dem Ende der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zieht die Leiharbeit wieder an. In Schleswig Holstein waren im Oktober 2010 rund 15.200 Menschen als Leiharbeiter beschäftigt. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Leiharbeiter in Schleswig-Holstein um fast ein Viertel an.

Fazit: Die Hartz-IV-Verhandlungen haben Verbesserungen für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gebracht. Der Weg ist richtig, das Ziel aber noch lange nicht erreicht. Mit unserem Positionspapier sind die sozialdemokratischen Ziele für die Leiharbeit abgesteckt und noch einmal bekräftigt worden. Für dieses Ziel werden wir weiter streiten und kämpfen.

Das Forderungspapier zur Leiharbeit finden Sie auf meiner Homepage unter <http://www.hiller-ohm.de/presse/4475951.html>.

Gabriele Hiller-Ohm

Mehr Sozialarbeiter für Schleswig-Holsteins Schulen

Die SPD hat in den Verhandlungen zu den Arbeitslosengeld-II-Sätzen und zur Bildungsteilnahme hart und lang gekämpft und war am Ende sehr erfolgreich: Rund 150 Mio. Euro stellt der Bund in den nächsten drei Jahren jeweils zur Verfügung, damit die Kommunen zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit finanzieren können. Parallel dazu wächst die Kostenübernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund, was die Kommunen deutlich von Kosten entlastet.

„Damit ist der Spielraum für wachsende Investitionen der Kommunen in die Schulsozialarbeit garantiert. 150 Mio. Euro entsprechen rund 3.000 Stellen für die Schulsozialarbeit in Deutschland. Das ist ein kräftiger Einstieg“ so der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann.

Das Fernziel der SPD bleibt, für jede Schule in Deutschland Schulsozialarbeit vorzusehen. Dazu wären rund 20.000 Stellen erforderlich. Auch für Schleswig-Holstein ist der Bedarf deutlich nachgewiesen. Selbst der Landesrechnungshof kam vor zwei Jahren zu dem Ergebnis, dass in Schleswig-Holstein damals ein Bedarf von rund 510 Stellen an den Schulen bestand. Reali-

siert waren allerdings nach den Schätzungen des Landesrechnungshofes nur 150. Mit den zusätzlichen Mitteln, die jetzt auch Schleswig-Holsteins Kommunen aus dem Bundesvolumen von 150 Millionen zuwachsen, lassen sich nach ersten Schätzungen rund 90 zusätzliche Stellen finanzieren. Rossmann: „Jetzt müssen aber auch die Kreise und kreisfreien Städte zusammen mit den Städten und Gemeinden daran gehen, das Geld in zusätzliche Stellen umzusetzen.“

Für die SPD war der Kampf für den Einstieg in die Schulsozialarbeit zugleich ein Kampf für eine noch viel weitergehende langfristige Perspektive, nämlich die Einrichtung von weiteren

Ganztagschulen in Deutschland. Rossmann: „Der Masterplan 2020 für gute Ganztagschulen in Deutschland muss kommen und er kommt am Ende durch niemand anderen als durch die SPD und ihren beharrlichen Eintritt für dieses Schulkonzept der Zukunft.“

Wie weit der Weg für das Land dabei noch ist, ver-

deutlichen die jüngsten Zahlen aus dem Kieler Bildungsministerium. Danach sind von den 927 Schulen des Landes zwar bereits 430 Schulen mit einem offenen Ganztagsangebot, aber erst 33 mit einem gebundenen Ganztagsprogramm ausgestattet, bei dem die Teilnahme am Schulleben auch am Nachmittag verbindlich ist.



Manuela Schwesig - hier beim Neujahrsempfang der SPD SH Anfang des Jahres in Kiel - hat gemeinsam mit Kurt Beck erfolgreich das Bildungspaket in den ALG-II-Verhandlungen erkämpft.
Foto: SPD Schleswig-Holstein

„Das Ende verantwortungsvoller aktiver Arbeitsmarktpolitik“

Der Kompromiss des Vermittlungsausschusses zur Reform der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Neuberechnung der Regelsatzbedarfe ist für viele ein Gewinn. Die zuständige Berichterstatterin im Haushaltsausschuss Bettina Hagedorn hat jedoch einen Verlierer ausgemacht: die Bundesanstalt für Arbeit (BA):

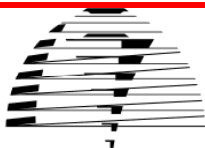
Die Kommunen sollen vollständig von den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet werden. Ab 2016 werden diese Kosten durch

die älter werdende Gesellschaft Jahr für Jahr rapide steigen. Obwohl die BA mit der Grundsicherung für Ältere absolut gar nichts zu tun hat, soll sie mit ihrem Haushalt in vollem Umfang für die Gegenfinanzierung geradestehen. Dadurch fehlen ihr allein bis 2015 insgesamt 12,15 Mrd., danach ca. 4,4 Mrd. Euro pro Jahr, so dass in ihrem Haushalt bis 2015 kontinuierlich ein Schuldenberg von zehn Mrd. Euro anwachsen wird. Da die bisher vereinbarte Rückzahlung dieser Schulden durch den Griff in die

Kasse der BA nicht gelingen kann, wird es absehbar ab spätestens 2014 - also nach der Bundestagswahl! - zu einer Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags kommen müssen.

Zusätzlich zu dieser Belastung haben CDU/CSU/FDP schon 2010 ein sog. Sparpaket beschlossen, das Kürzungen bis 2014 von 16 Mrd. Euro im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorsieht. Die BA ist von diesen Kürzungen mit insgesamt zehn Mrd. Euro bis 2014 betroffen.

Hagedorn: „Dieser doppelte Griff von über 22 Mrd. Euro bis 2015 in die Finanzausstattung der Bundesagentur für Arbeit bedeutet das Ende einer verantwortungsvollen aktiven Arbeitsmarktpolitik. In jedem Arbeitsamtsbereich und in jedem Jobcenter im ganzen Land wird dies zu massiven Kürzungen führen und die aktive Arbeitsmarktpolitik dramatisch einschränken. Das wird vor allem zu Lasten von Frauen, Alleinerziehenden, Migranten und von Menschen mit Behinderung gehen.“



- Termine -

**29.03.2011, 19 Uhr,
Husum:**

„Was bleibt von der Bundeswehr?“ Diese Frage möchte der SPD-Verteidigungsexperte **Hans-Peter Bartels** bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung im TSBW-Freizeithaus Husum (Theodor-Schäfer-Straße 14-26) diskutieren. Hattstedts Bürgermeister **Ralf Heßmann** wird ergänzend dazu die Bundeswehr in Nordfriesland in Kurzporträts vorstellen. Interessierte sind herzlich willkommen und melden sich bitte an unter Telefon 030/227-77638 oder per Mail an hans-peter.bartels@bundestag.de.

**30.03.2011, 19 Uhr,
Kiel:**

Zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Integration ist keine Einbahnstraße“ laden der Kieler MdB **Hans-Peter Bartels** und der Integrationsfachpolitiker **Sebastian Edathy** in den Legienhof (Legienstraße 22) ein. Weitere Referenten sind der bekannte Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln **Heinz Buschkowsky** und der Kieler Oberbürgermeister **Torsten Albig**. Anmeldungen bitte unter Telefon 030/227-77638 oder per Mail an hans-peter.bartels@bundestag.de.

**13.05.2011 im Kreis
Dithmarschen:**

An diesem Abend wird **Ulla Schmidt** für eine öffentliche Diskussionsveranstaltung in Dithmarschen zu Gast sein. Ort und Uhrzeit stehen noch nicht fest, werden aber auf der Homepage www.bettina-hagedorn.de bekanntgegeben.

Zu wenig Mutter-Vater-Kind-Kuren bewilligt

Obwohl auf Initiative der SPD und der damaligen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt mit der Gesundheitsreform 2007 Mutter-Vater-Kind-Kuren endlich zur Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen wurden und es seitdem einen Rechtsanspruch der Familien darauf gibt, sind die Zahlen der bewilligten Kuren seit 2009 dramatisch rückläufig. Jeder zweite Antrag wird mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Im Widerspruchsverfahren kann zwar jede zweite Frau ihren Rechtsanspruch durchboxen, aber vielen Familien verwehren die Krankenkassen – gesetzeswidrig – die dringend benötigte Kur.

Die Krankenkassen wollen mit dieser restriktiven Bewilligungspraxis auf dem Rücken der betroffenen Familien ihr Budget schonen. Gleichzeitig gefährden die Kassen die Existenz zahlreicher Arbeitsplätze am Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein. Denn gerade an den Küsten in



Ulla Schmidt bei ihrem Besuch im Wahlkreis von Bettina Hagedorn im August vergangenen Jahres

strukturschwachen Regionen bieten diese Kureinrichtungen qualifizierte Arbeitsplätze und sind starke Arbeitgeber, die allerdings angesichts der drastisch rückläufigen Belegungszahlen ihre Betriebe kaum mehr wirtschaftlich führen können. Darunter leidet längst auch der Tourismus. Trotz diverser Anfragen der SPD im FDP-geführten Bundesgesundheitsministerium wird das Problem dort bislang ausgesessen. Deshalb wollen der Gesundheits- und der Familienausschuss

fraktionsübergreifend nach Ostern zu einem großen Fachgespräch nach Berlin einladen, wobei auch schleswig-holsteinische Vertreter aus der Praxis eingeladen werden sollen.

Im August 2010 hatte ich zu diesem Thema gemeinsam mit Ulla Schmidt zu einem Runden Tisch nach Bad Malente eingeladen. Am 16. Mai 2011 wird der zweite Runde Tisch mit Ulla Schmidt stattfinden – diesmal an der Westküste.

Bettina Hagedorn

„Mehr Zeit für das Menschliche“

Seit dem 1. Januar 2011 ist die Gesundheitsreform von CDU/CSU/FDP in Kraft. Die negativen Auswirkungen sind für die Patientinnen und Patienten schon jetzt zu spüren. Höhere Aufwendungen und die Tendenz zur Drei-Klassen-Medizin zeichnen sich ab.

Um sich einen Eindruck von der Situation vor Ort zu machen, hat SPD-MdB Franz Thönnies am 2. März 2011 einen Tag in einer internistischen Hausarztpraxis und in einer Senioreneinrichtung in Norderstedt verbracht. Hier konnte er sich

durch Gespräche mit Patienten, Ärzten, Beschäftigten sowie der Geschäftsführung und der Mitarbeitervertretung selbst davon über-



Franz Thönnies, MdB

zeugen, unter welchen Bedingungen im Gesundheitswesen und in der Pflege gearbeitet wird. „Wir brauchen mehr Zeit für das Menschliche in beiden Bereichen und weniger Bürokratie“, zieht der SPD-Politiker Bilanz.

„Das Gesundheits- und Pflegesystem muss mit einer solidarischen Bürgerversicherung auf eine verlässliche finanzielle Basis gestellt werden, damit alle, unabhängig von ihrem Einkommen, die notwendige Versorgung bekommen“, so Thönnies.

Respekt für die Angestellten im Pflegebereich



Ernst Dieter Rossman bei seinem Besuch im AWO-Pflegeheim

Die Arbeit in der Pflege ist nicht nur ein Knochenjob. Sie erfordert auch Einfühlungsvermögen, viel Kraft zur menschlichen Nähe und starke Nerven! Das konnte ich bei einem Kurzpraktikum in der AWO-Wohnpflege Tornesch feststellen.

Eine weitere Einsicht: Das Schulgeld für die Altenpflegeausbildung muss dringend abgeschafft werden. Wir haben einen Notstand an Fachkräften und verlan-

gen gleichzeitig Schulgeld. Welch ein Irrsinn!

Kurz nach „Feierabend“ ging es für uns in die zweite Etappe: Bei einer Diskussionsveranstaltung wurde das Praktikum mit Experten und mehr als dreißig interessierten Gästen politisch ausgewertet. Bei Pflegekräften und Angehörigen erfährt die SPD für ihr Modell der Bürgerversicherung großen Zuspruch.

Ernst Dieter Rossman

Bedrohlicher Fachkräftemangel

Am 2. März habe ich im Rahmen der Praxistage mein mittlerweile 6. Pflegepraktikum in Ostholstein – diesmal im AWO-Pflegeheim Lensahn – absolviert und neben dem Arbeitsalltag der Pflegekräfte vor allem die Herausforderungen bei der Betreuung von Demenzerkrankten besser kennengelernt. Altersdemenz nimmt dramatisch zu – und erfordert viel Zeit und Know-How in der Betreuung, wenn die Pflege das Prädikat „menschewürdig“ verdienen soll. Es ist ein Alarmsignal, dass Fachkräfte im

Schnitt nach acht Jahren Berufstätigkeit aus ihrem Beruf aussteigen. Der Fachkräftemangel in der Pflege ist längst bedrohlich und nimmt dramatisch zu. Dabei hängt eine gute Pflege vor allem von qualifiziertem und motiviertem Personal ab – die Rahmenbedingungen müssen also dringend verbessert werden! Die Pflegekräfte brauchen eine angemessene Bezahlung, qualifizierte Aus- und Weiterbildung und mehr gesellschaftliche Wertschätzung.

Bettina Hagedorn



Bettina Hagedorn hatte bei ihrem Besuch im Pflegeheim ihre Liedersammlung dabei, die interessiert begutachtet wurde

Dokumentationspflichten nehmen überhand

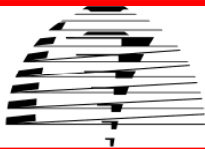


Gabriele Hiller-Ohm mit den Fachleuten der Podiumsdiskussion bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung in Lübeck

Gabriele Hiller-Ohm war am Praxistag im Alten- und Pflegeheim der Caritas Haus Simeon in Lübeck zu Gast. Ihr Eindruck: „Den Mitarbeitern bleibt immer weniger Zeit für die Arbeit mit den Patienten. Das liegt vor allem am Verwaltungsaufwand, der in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. „Die Dokumentation über die Arbeit mit den Patienten ist zwar wichtig. Darüber darf aber natürlich der Mensch nicht ins Abseits geraten. Ein liebes

Wort oder einfach einmal zuhören ist den älteren Menschen oft am wichtigsten. Die Hausleitung versucht deshalb, durch Umstrukturierungen mehr Zeit für die eigentliche Betreuung zu gewinnen.“

Auf der Podiumsdiskussion am Abend diskutierten Wolfgang Baasch (MdL), Sozialsenator Sven Schindler und weitere Experten mit rund 50 Gästen über die Herausforderungen im Gesundheitswesen.



Kita-Ausbau

Die Große Koalition hatte 2008 beschlossen, den Kita-Ausbau auch mit Bundesmitteln voranzutreiben. Ab 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für die Ein- bis Dreijährigen. Bundesweit hatte Peer Steinbrück vier Mrd. Euro dafür veranschlagt, dass bis 2013 für mindestens 35 Prozent der Kleinkinder Betreuungsplätze geschaffen werden. Davon stehen Schleswig-Holstein knapp 75 Mio. Euro zur Verfügung. Allerdings wurden bis heute erst 40 Prozent dieser Mittel abgerufen. Damit belegt Schleswig-Holstein einen Platz im letzten Drittel unter den Bundesländern. Das zeigt: Die Landesregierung muss schneller Mittel bewilligen, Projekte vor Ort vorantreiben und ihre Zuschussfinanzierung sichern. Nur so kann der Kita-Ausbau an Dynamik gewinnen! Wir müssen das Ziel von einer Betreuungsquote von 35 Prozent in zwei Jahren erreichen und so für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen. Damit das gelingt, muss die Landesregierung noch eine Schippe drauflegen.

Sönke Rix

Impressum

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann,
MdB, Sprecher der Landesgruppe
Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann
Landesgruppenbüro:
PLH, 7.144, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt, Büro Dr. Hans-
Peter Bartels, MdB

„Freiwillige erster und zweiter Klasse“

Die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 entzieht auch dem Zivildienst die rechtliche Grundlage. Stattdessen will die Bundesregierung nun einen sogenannten Bundesfreiwilligendienst auf den Weg bringen. Zu dem entsprechenden Gesetzentwurf fand Mitte des Monats eine öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag statt.

Dabei teilten die Sachverständigen die Kritik von uns SPD-Fachpolitikern, dass ein neuer Freiwilligendienst Doppelstrukturen etabliert sowie zu einer Ungleichbehandlung der verschiedenen Freiwilligendienste führen kann. Ein Bundesfreiwilligendienst birgt die Gefahr, dass es zu Freiwilligendiensten erster und zweiter Klasse kommt. Denn der Bundesfreiwilligendienst soll höher als das Freiwillige Soziale und Freiwillige Ökologische Jahr gefördert werden.

Insgesamt halten wir die Planungen der Bundesregierung für unausgegoren. Auch in diesem Punkt gaben uns die Experten Recht: Ein Systemwechsel von einer Pflichtdienst- zu einer Freiwilligendienststruktur bedarf. Die Bundesregierung hat es allerdings versäumt, die Reform lang-

fristig vorzubereiten und eine breite gesellschaftliche Debatte zu führen. Bereits in dieser Woche wurde die Reform im Hau-Ruck-Verfahren verabschiedet. Unsicherheit und Irritationen bei jungen Leuten, Einrichtungen und Trägern werden die Folge sein.

Sönke Rix



Sönke Rix, Berichterstatter für Zivildienst und Freiwilligendienste, beim Besuch einer FÖJ-Einsatzstelle in Alt-Duvenstedt.

SPD-Forderung: Entgeltgleichheit - jetzt!

2011 haben wir bedauerlicherweise immer noch Anlass den sogenannten „Equal Pay Day“ zu begehen. Denn die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern liegt in Deutschland bei durchschnittlich 23 Prozent. Damit befindet sich die Bundesrepublik im europäischen Vergleich auf einem der hintersten Ränge.

Wir Fachpolitiker aus der SPD-Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben ein Positionspapier beschlossen, das Eckpunkte eines Entgeltgleichheitsgesetzes festlegt. Im Gegensatz zur schwarzen Regierung, die nach wie vor darauf setzt, dass die Unternehmen freiwillig

für Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen sorgen, sind wir überzeugt: Entgeltgleichheit muss gesetzlich geregelt werden!

Zuerst muss für Transparenz gesorgt werden. Diskriminierung kann nur aufgedeckt werden, wenn klar ist, wie die Löhne im Unternehmen verteilt sind. Daher sollen die ArbeitgeberInnen verpflichtet werden, einen Entgeltbericht zu erstellen und betriebsintern zu veröffentlichen. Dieser Bericht wird außerdem Experten und Expertinnen zur Prüfung vorgelegt. Wird Ungleichheit festgestellt, ist eine Kommission dafür verantwortlich die Löhne nach oben anzupassen. Diese

Kommission soll sich zu gleichen Teilen aus VertreterInnen der Arbeitgeber und der Beschäftigten zusammensetzen.

Werden die Löhne nicht angepasst, kann vor dem Arbeitsgericht geklagt werden. Unternehmen, die sich weigern einen Entgeltbericht zu erstellen, müssen ein Bußgeld zahlen.

Echte Gleichstellungspolitik wird immer wieder von aktuellen, vermeintlich wichtigeren Themen verdrängt. Aber: Alle bisherigen Erkenntnisse der Wirtschaft zu Gleichstellung haben nicht zum Ende der Diskriminierung beigetragen. Damit muss endlich Schluss sein!

Sönke Rix

Uni Lübeck und Meeresforschung: Mehr Aufklärung, bitte!

Dieser hochschulpolitische Skandal ist in Berlin noch nicht vergessen. Bekanntlich wollte Schwarz/Gelb in Kiel die Mediziner-Ausbildung und Spitzenforschung an der renommierten Universität Lübeck erst komplett dicht machen. Und rückte dann nach vehementen Protesten in Lübeck und Kopfschütteln in der ganzen Republik mit einem Rettungsmanöver in allerletzter Sekunde durch die Bundesregierung Hals über Kopf von diesen chaotischen Plänen wieder ab.

Zum Glück, so die Bildungs- und Forschungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, die dieses Harakiri der CDU/FDP-Landesregierung gleichwohl zum Anlass genommen haben, der Bundesregierung in einer Großen Anfrage mit genau 69 Fragen sehr gezielt auf den Zahn zu fühlen. Immerhin geht es dabei nicht nur um die Aufklärung einer wirklich „sau-frechen Legendenbildung“, so der SPD-Bildungs- und Forschungssprecher Ernst Dieter Rossmann. „Herr Kubicki hat doch tatsächlich die Lüge auf-tischen wollen, dass der ganze Chaosplan eine wohl-



Protest gegen die Sparpläne der Landesregierung in punkto Uni Lübeck im vergangenen Jahr. Foto: SPD SH

durchdachte Strategie gewesen sei, mehr Geld aus Berlin für die Wissenschaft nach Kiel zu holen“.

Es geht der SPD auch darum, endlich Aufklärung über die genauen finanziellen Verabredungen und das zukünftige Konzept von Meeresforschung insgesamt und damit auch in Schleswig-Holstein zu bekommen. Rossmann: „Die Ministerin in Berlin hat hier ohne jede Abstimmung mit den Forschungsgesellschaften und den betroffenen Forschungsinstituten die Strukturen verändert. Wenn

das Schule macht, gibt es bald keine geordnete Forschungspolitik mehr.“ Auch interessierte die SPD, welche finanziellen Sicherheiten es denn jetzt tatsächlich für die Universität in Lübeck und die Institute für Meeresforschung in Schleswig-Holstein gibt. Rossmann: „Hier fehlen fast ein Jahr nach dem damaligen Desaster immer noch glasklare Regelungen und Zusagen.“

Wenn die SPD von der Großen Anfrage allerdings mehr Aufklärung und konzeptionelle Klarheit seitens der Regierung erwartet hatte, ist sie durch die „schmallippige Antwort“, so Rossmann, der Bundesregierung bitter enttäuscht worden. „Verschleiern, Tarnen, Schönreden war hier für das Schavan-Ministerium die Devise.“ Die SPD-Bundestagsfraktion will diesen Umgang mit dem Parlament nicht hinnehmen. Sie hat prompt einen weiteren Fragenkatalog von 47 sehr detaillierten Fragen an die Regierung entwickelt, um die Widersprüche weiter deutlich zu machen und mehr Klarheit zu bekommen. Interess-

sant: Auch der Parlamentspräsident Dr. Lammert von der CDU beklagt schon länger, dass die Bundesregierung das Parlament in seinen Rechten sehr willkürlich behandelt und nicht nur Gesetze nicht mehr ernst nimmt, von der Kinder-Porno-Sperre bis zum Atom-Ausstieg, sondern auch die Fragerechte des Parlaments aushebelt. Rossmann: „Das lassen wir uns nicht gefallen. Nun muss die Regierung eben nachsitzen. Wir wollen für Schleswig-Holstein die ganze Wahrheit wissen.“



Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann, MdB

Rossmann rät: Die Weiterbildungsprämie nutzen

Immerhin: 2.291 Fortbildungswillige aus Schleswig-Holstein haben von Dezember 2008 bis Ende Januar 2010 die Bildungsprämie des Bundes von bis zu 500 Euro im Jahr in Anspruch genommen, um sich beruflich weiter zu qualifizieren.

Für diesen Prämiegutschein als Instrument der Weiterbildungsförderung hatte sich die SPD im Bundestag stark eingesetzt. Erwerbstätige, Berufsrück-

kehrer, Eltern in Elternzeit oder Selbständige, die weniger als 25.600 Euro (51.200 Euro bei Verheirateten) verdienen, können den Prämiegutschein bekommen, wenn die Fortbildung der beruflichen Weiterbildung dient (keine betriebliche Weiterbildung) und sie mindestens die Hälfte der Fortbildungskosten selber tragen.

In Schleswig-Holstein gibt es 14 Beratungsstellen, an

die man sich wenden kann. Nähere Infos unter <http://www.bildungspraemie.info>.

SPD-Bildungsexperte Rossmann hofft sehr, dass das Bundesbildungsministerium, jetzt wo die Nachfrage Schritt für Schritt wächst, nicht den Topf zumacht. Rossmann: „Wir müssen das System der Prämiegutscheine vielmehr ausbauen. Deutschland hat gerade bei der Weiterbildung noch viel aufzuholen.“ In Schleswig-

Holstein gibt es 426.854 Personen, die antragsberechtigt sind. Der Teil der Bevölkerung, der dieses neue Instrument der Weiterbildungsförderung nutzt, ist damit noch sehr klein. Und er liegt noch um 25 Prozent unter dem Durchschnitt der anderen Bundesländer. Der SPD-Bildungsexperte Ernst Dieter Rossmann: „Wir müssen jetzt alle zusammen diese Bildungsprämie populär machen.“



Mit Qualifizierung gegen Fachkräftemangel



Franz Thönnies, Bernd Eichner (HWK Flensburg), Ulrich Mietschke (Handwerk SH e.V.), Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Udo Hansen (HWK Flensburg), Ernst Dieter Rossmann, Tim Brockmann (Handwerk SH) und Andreas Katschke (HWK Lübeck) in der Landesvertretung Schleswig-Holstein

Der Nachwuchs- und Fachkräftemangel war nur eines der vielen Themen bei dem traditionellen Jahresgespräch zwischen schleswig-holsteinischen Handwerksvertretern und der Landesgruppe im Januar, aber es war unverkennbar das wichtigste. Diskutiert und vorgestellt wurden verschiedene Ansätze, wie mehr Schulabgänger für Handwerksberufe gewonnen werden können. So werden über die originelle Imagekampagne

hinaus seitens des Handwerks derzeit verstärkt Migranten angesprochen. Nach Ansicht von Bernd Eichner, Vizepräsident der Handwerkskammer Flensburg, könnten auch niedrigschwellige Ausbildungen für neue Berufe ein Ansatz sein. Mit verstärkter Zuwanderung von Facharbeitern rechnet der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Lübeck Andreas Katschke nicht. „Unsere Betriebe setzen vor

allem auf die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter“, so Katschke.

Das klare Plädoyer für die Beibehaltung des doppelten Steuerbonus auf Handwerksleistungen, durch den die Schwarzarbeit stark zurückgegangen sei, stieß bei den Bundestagabgeordneten auf Zustimmung. Ernst Dieter Rossmann sicherte für dieses Anliegen die Unterstützung der Landesgruppe zu. (nb)

Inklusion: Landkarte mit guten Beispielen

Seit dem 25. März 2011 präsentiert die „Landkarte der inklusiven Beispiele“ unter www.inklusionslandkarte.de vorbildliche Projekte, wie Menschen mit Behinderungen mitten in der Gesellschaft leben können. Bewerben kann sich jeder, der ein gutes Beispiel verantwortet, ob Freizeiteinrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen, Unternehmen oder Vereine. „Freuen würde ich mich, wenn sich in Schleswig-Holstein viele fänden, die den Beispielen folgen und sich selbst für die Landkarte bewerben“, so Franz Thönnies.

Für Thönnies ist die Unterstützung der Aktion ein sehr persönliches Anliegen. In seiner ehemaligen Funktion als Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales brachte er 2007 anlässlich der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention durch Deutschland in seiner Rede im Saal der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York die Unterstützung der ganzen EU für die Konvention zum Ausdruck.

- Newsticker - Newsticker - Newsticker -

Kleine Anfrage zur Energiepolitik

Das Energiekonzept der Bundesregierung und dessen Auswirkungen auf Schleswig-Holstein war Anlass und Thema eines Gesprächs der Landesgruppe mit SPD-Energieexperte **Olaf Schulze** Anfang des Jahres. Als problematisch wurde dabei u.a. die Verstopfung der Netze durch Atomstrom, die bewusste Verteuerung von erneuerbaren Energien und der Verlust der Vorrei-

terrolle Schleswig-Holsteins in diesem Bereich klassifiziert. Gemeinsam soll eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zur Energiepolitik erarbeitet werden, die auch die Auswirkungen der aktuellen Situation mit einbezieht.

Rossmann bleibt VHS-Chef

Der Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete **Ernst Dieter Rossmann** bleibt für weitere vier Jahre Vorsitzender des Deutschen

Volkshochschulverbandes. Einstimmig wurde der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Anfang März auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Volkshochschulverbandes von den 110 Delegierten der 16 Landesverbände in seinem Amt bestätigt.

Deutscher Bürgerpreis

Der Deutsche Bürgerpreis der Initiative „für mich. für uns. für alle“ steht 2011

unter dem Motto „Bildung! Gleiche Chancen für alle.“ Seit dem 1. Februar können sich alle engagierten Menschen, Initiativen, Vereine und Organisationen, die sich für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit stark machen, für Deutschlands größten bundesweiten Ehrenamtspreis bewerben. Teilnahmeschluss ist der 30. Juni 2011. Weitere Informationen gibt es im Internet unter <http://www.deutscher-buergerpreis.de>.